

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0050/2020/BV

Datum:
03.02.2020

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:

Betreff:

**Resolution des Heidelberger Gemeinderates zur
Unterstützung von Herrn Altstadtrat Memet Kilic
bezüglich des in der Türkei laufenden
Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	13.02.2020	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution:

„Für den Gemeinderat der Stadt Heidelberg ist es nicht akzeptabel, wie gegen ein langjähriges ehemaliges Mitglied des Gemeinderates, des Ausländer- und Migrationsrates und des Deutschen Bundestages in der Türkei vorgegangen wird. Es ist nichts erkennbar, was ein Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung oder sogar einen Fahndungsbefehl rechtfertigt.

Herr Kilic hat seine politische Meinung geäußert, dies ist in unserem Rechtsstaat durch das Grundgesetz gedeckt.

Wir versichern unsere volle Solidarität mit Herrn Kilic und bitten die Bundesregierung, mit Nachdruck sich für Herrn Kilic einzusetzen und bei den zuständigen türkischen Stellen entsprechend zu intervenieren.“

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

In der Vorlage soll eine Resolution zur Unterstützung des Altstadtrates Memet Kilic bezüglich des in der Türkei laufenden Gerichtsverfahrens wegen Präsidentenbeleidigung beschlossen werden.

Begründung:

Im September und Dezember 2019 wurde in vielen deutschen Medien über den Fall Kilic berichtet, unter anderem der Spiegel, die Zeit und der Tagesspiegel. Hintergrund der Anklage sind Aussagen von Herrn Altstadtrat Memet Kilic in einem Interview mit einer türkischen Online-Zeitung aus dem Jahr 2017.

Der Spiegel schreibt dazu:

Herr Kilic wird Beleidigung des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan vorgeworfen. Die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara stuft in ihrer Anklageschrift laut der Nachrichtenagentur dpa mehrere Aussagen von Herrn Kilic in einem Interview mit der türkischen Internetzeitung "ABC Gazatesi" aus dem Juli 2017 als beleidigend für das Staatsoberhaupt ein.

Darin hatte Herr Kilic unter anderem gesagt: "Der Schaden, den Erdogan der Türkei zugefügt hat, ist untragbar." Und weiter: "Ich bin als Politiker mit türkischen Wurzeln sehr traurig darüber, dass mein Land in diese Lage gebracht wurde und bezeichne diejenigen, die es in diese Lage gebracht haben, als Vaterlandsverräter." Die Anzeige hatte das Rechtsbüro des Generalsekretariats im Präsidialamt erstattet. Erdogan ist in der Klageschrift als Geschädigter aufgeführt.

Der Fahndungsbefehl gegen Kilic ist von einem türkischen Gericht im Dezember 2019 ausgesprochen worden, nachdem er nicht zum Prozessauftakt in der Sache erschienen war.

Herr Kilic war von 21.09.2004 bis 23.09.2009 Mitglied des Gemeinderates der Stadt Heidelberg, des Ausländer- und Migrationsrates und von 2009 bis 2013 Bundestagsabgeordneter.

Bei einer rechtskräftigen Verurteilung in der Türkei besteht die Gefahr, dass er die Vollzulassung als deutscher Rechtsanwalt verlieren könnte.

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg wird gebeten, sich durch Beschlussfassung über den vorgeschlagenen Resolutionstext für sein ehemaliges Mitglied einzusetzen.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner